

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39
Telefax: 8 69 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zum Erfordernis
der Umstellung von mi-
litärischer auf zivile
Produktion: Statt "Jäger
'90" Umwelttechnik för-
dern.

Seite 1

Detlef Bojak MdL zum
Umgang mit Erfahrun-
gen kooperativen Wirt-
schaftens in der Land-
wirtschaft: Zukunft der
DDR-LPG's sachlich
erörtern.

Seite 2

Dokumentation

Bundestags-Vizepräsi-
dent Heinz Westphal
hielt anlässlich des
Festaktes zum
40jährigen Bestehen
der Zweigstelle Berlin
des Statistischen Bun-
desamtes in Berlin eine
Ansprache, in der er
die Bedeutung der Sta-
tistik für die Politik wür-
digte und die deutsch-
landpolitische Ent-
wicklung kommentierte.
Der Wortlaut

Seite 3

45. Jahrgang / 125

4. Juli 1990

Statt "Jäger '90" Umwelttechnik fördern

Zum Erfordernis der Umstellung von militärischer auf zivile
Produktion

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Bayerische SPD-Landtagsfraktion hat die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, die SPD-Forderung, das Kampfflugzeug "Jäger '90" nicht zu bauen, politisch zu unterstützen. Welche Auswirkungen dies dann auf die Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie in Bayern hat, darüber soll die Staatsregierung im Wirtschaftsausschuß des Landtags berichten. Zudem verlange ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Horst Heinrich, Willi Leichila und Rolf Seebauer, daß die Staatsregierung Vorstellungen entwickelt, wie der Wegfall des Jägers '90 nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer bestimmter Standorte der Firma MBB (Augsburg-Haunstetten, Donauwörth, Manching) geht sondern insgesamt durch entsprechende Unternehmenskonzepte von allen MBB-Standorten gleichmäßig getragen wird.

Die Staatsregierung muß bestehende Konzepte für die Produktion von nicht-militärischen Gütern - insbesondere aus dem Bereich der Umwelttechnik - fördern und gegebenenfalls als Kapitaleigner eigene Konzepte entwickeln. Die Staatsregierung ist aufgefordert, die Fragen der Rüstungskonversion wesentlich aktiver anzugehen und die Firmen im Bereich der Rüstungsindustrie nachhaltig bei der Umstellung auf zivile Güter zu beraten und zu unterstützen. Bundesverteidigungsminister Stoltenberg muß man nicht nur sein sündteures Milliarden-Spielzeug aus der Hand nehmen. In Bayern muß endlich ein politischer Prozeß beschleunigt werden, nämlich die Umstellung bayerischer Rüstungsunternehmen auf zivile Fertigungslinien.

In diesem Zusammenhang verlangen wir in einem weiteren Parlamentsantrag vom bayerischen Wirtschaftsminister einen jährlichen Bericht im Landtag über die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der im Rüstungssektor tätigen bayerischen Unternehmen sowie über den Stand der eingeleiteten und geplanten Konversionsschritte. Die Staatsregierung soll sich außerdem im Bundesrat und im Bund dafür einsetzen, daß künftig Forschungsmittel aus dem Verteidigungsetat zu Fördermitteln des Bundesforschungsministeriums umgeschichtet werden, um damit schwerpunktmäßig Modellprojekte der Rüstungskonversion zu fördern.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Fernübertragung
aufwww.ldr.de
Kreuzung-Papier



Des weiteren fordern wir: Die Bayerische Staatsregierung unterstützt mit Haushaltsmitteln des Freistaats in Form von zinsverbilligten Darlehen und Investitionszuschüssen bayerische Firmen, die eine Diversifikation der Fertigung auf zivile Produktlinien anstreben und die Bildung von örtlichen Beschäftigungsgesellschaften für Zivilbeschäftigte, die aufgrund von Truppenraduzierungen arbeitslos werden.

Die Staatsregierung unterstützt finanziell und materiell die Bildung kooperativer Arbeitsgemeinschaften auf regionaler und kommunaler Ebene zwischen Forschung und Wissenschaft, kommunaler Verwaltung und Firmen im Rüstungsbereich. Diese sollten örtlich erfolgversprechende Konzepte der Umstellung vorhandener Produktionsmöglichkeiten auf sozial und ökologisch nützlichen Nahverkehr, Energiesektor und Wohnungsbau oder Ausgleichsmaßnahmen zur Umstrukturierung von Standorten erarbeiten.

Beim Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird zur Beratung der Staatsregierung und zur Unterrichtung des Landtags in Fragen der Rüstungs- und Standortversion ein Konversionsbeirat eingerichtet. Dieser soll sich aus Vertretern der Landtagsfraktionen, der Staatsverwaltung, der mit Rüstungsgütern befaßten Firmen, der Gewerkschaften, der Bundesanstalt für Arbeit und der Wissenschaft zusammensetzen. Die Ergebnisse sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

(-/4.7.1990/rs/ks)

Zukunft der DDR-LPG's sachlich erörtern Zum Umgang mit Erfahrungen kooperativen Wirtschaftens in der Landwirtschaft

**Von Detlef Bojak MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Mitglied des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft**

Als vor mehr als 25 Jahren Sozialdemokraten im rheinland-pfälzischen Landtag für mehr Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Familienbetrieben plädierten und sich beispielsweise für Maschinengemeinschaften aussprachen, wurden sie als Anhänger kommunistischen Gedankenguts geziehen. Selbst das Wort Winzergenossenschaft löste, wie sich der damalige Oppositionsführer und Vorsitzende einer Winzergenossenschaft, Wilhelm Dröscher erinnerte, in den 50er Jahren dieselben politischen Reaktionen im Landtag in Mainz aus.

Nur langsam kamen erste Schritte für die Bildung von Maschinenringen in Gang, nachdem schon viel privates Kapital der Landwirtschaft in nicht ausgelastete Maschinen investiert worden war. Jedem Bauern seinen Mähdrescher, schien lange Zeit die Parole zu sein.

Heute werden die Jubiläen der "Maschinenringe" landauf, landab von Regierungsvertretern gefeiert und die Fortschrittlichkeit herausgestellt. Richtig ist: heute könnte niemand mehr die Maschinenringe als ein Angebot rationellen Maschineneinsatzes aus der Landwirtschaft wegdenken. Übrigens: Gute Beispiele für erfolgreiches Wirtschaften mit Maschinenringen hatte der Landfunk des Südwestfunks, an der Spitze der Sozialdemokrat Hans Kieffer gesetzt, der damalige Chef des Landfunks.

Als vor etwa 20 Jahren zwei Familienbetriebe in der Eifel sich zusammaten, also kooperieren wollten, und für den notwendigen Gemeinschaftsstall Gelder aus der einzelbetrieblichen Förderung beantragten, gab es Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Kooperation? Nein, dankell! Das hatte ja "sozialistische Tendenz". Inzwischen, ab dem laufenden Haushaltsjahr 1990/91 werden endlich auch Investitionen für landwirtschaftliche Kooperationen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der Agrarstruktur bezuschußt. Das hatte Hans Kieffer vom SWF-Landfunk ebensowenig vorausgesehen wie Wilhelm Dröscher oder die ersten kooperationsbereiten Eifelbauern.

Die Sinneswandlung in Bund und Land, bei CDU/CSU und FDP, zumal sie hierzulande einhergeht mit einem Umdenken junger Landwirte, ist erfreulich. Letztes und damit aktuelles Beispiel ist eine Kooperation zwischen sechs Landwirten in der Eifel, die mit Bundes- und Landesmitteln eine Gemeinschaftsgülleanlage in Oberstedern/Eifel gebaut haben und sie im zweiten Jahr betreiben.

Es mehren sich Beispiele, die beweisen, daß auch landwirtschaftliche Familienbetriebe Kooperationsformen bilden müssen, um nicht nur Kapital rational einzusetzen, sondern auch zu Verbesserungen von Arbeitszeitbelastung und Arbeitsformen zu kommen. In aller Selbständigkeit und Freiheit.

Wenn das alles recht mühsam auf den Weg gebracht werden muß, dann sollten bei aller berechtigten Kritik an den Formen der Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften (LPG) in der DDR, deren Erfahrungen mit einbezogen und nicht einfach über Bord geworfen werden. Natürlich sollten engagierte Bauern aus LPG's wieder selbst wirtschaftende Bauern werden können, wenn sie wollen.

Aber ebenso muß es - ohne ideologische Verkrampfungen - möglich sein, überlebensfähige ländliche Produktionsgenossenschaften aufgrund freier Entscheidungen weiterführen zu können. Der intensiven Förderung werden im Kampf um das Überleben die einzelnen Bauern ebenso bedürfen wie durch neue Entscheidungen entstandene Genossenschaften. Auch bei uns haben viele tausende Betriebe nicht überlebt, auch bei uns sind nicht alle Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften ein Erfolg geworden. Deshalb können Agrarpolitik und Betroffene hüben und drüben selbstkritisch verfolgen, welches "Modell" sich durchsetzen wird.

Meine persönliche Überzeugung: Es werden sich der Einzelbetrieb und die Genossenschaften durchsetzen, wenn die Betroffenen die Erfahrungen von vornherein mit in die Arbeit einbeziehen. Ab er wie gesagt: alles muß in freier Entscheidung beschlossen werden.

Allerdings: in der Bonner Koalition ist die Bereitschaft, vor den großen Weichenstellungen noch sachlich zu diskutieren, nicht groß. Während die CDU-Mitglieder im Landwirtschaftsausschuß der Volkammer zusammen mit allen anderen Parteien dieses Ausschusses einstimmig einen Antrag zu Eigentumsfragen an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden zustimmten, hat die CDU/CSU im Agrarausschuß des Deutschen Bundestages einen fast wortgleichen Antrag der SPD am 15. Juni abgeschmettert.

Dies stimmt traurig, denn die herrschende Unsicherheit bei den Menschen in der Landwirtschaft der DDR wird weiter vergrößert. Auch in der Landwirtschaft sind die ungeklärten Eigentumsfragen, insbesondere das Problem der Enteignungen, zu lösen. Notwendig ist ein gerechter Ausgleich zwischen berechtigten Interessen der ehemaligen Eigentümer und der derzeitigen Nutzer. Geordnete Bahnen sind für den anstehenden und erforderlichen Umstrukturierungsprozeß in der Landwirtschaft der DDR unerlässlich, ob in den Dörfern drüben nun Produktionsgenossenschaften erhalten bleiben oder der Familienbetrieb wieder kommt.

(-/4.7.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Politiker brauchen die Statistiker

Bundestags-Vizepräsident Heinz Westphal hielt anläßlich des Festaktes zum 40jährigen Bestehen der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes am 2. Juli im Reichstag in Berlin eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Statistik für die Politik würdigte und die deutschlandpolitische Entwicklung kommentierte. Der Wortlaut:

Die Organisatoren dieser Veranstaltung, die an die nun 40 Jahre währende Arbeit der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes hier in Berlin erinnern soll, waren Statistiker und als solche, wie alle Statistiker, nicht zuständig für Prognosen. Aber man muß wohl annehmen, daß sie geradezu hellseherische Qualitäten besitzen, denn sie hätten sich für den Festakt keinen interessanteren Tag auswählen können als gerade den 2. Juli, den Tag also, an dem der Staatsvertrag zwischen den über 40 Jahre getrennten deutschen Teilen seine erste Wirkung zeigt und damit den Tag, an dem die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion das tägliche Leben in der DDR, aber auch rückwirkend hier zu bestimmen beginnt. Man mag zu der Art und Weise, wie dieser Staatsvertrag ausgehandelt wurde und zu einzelnen Inhalten des Vertrags unterschiedliche Auffassungen haben - dies hat die Bundestags-Debatte über das Ratifizierungsgesetz gezeigt - eindeutig ist: er bedeutet einen entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit, die ihrerseits zur europäischen Einheit beitragen muß, wenn sie für uns Deutsche und unsere Nachbarn in Ost und West von dauerhaftem Vorteil sein soll, also mitwirkt, den Frieden in Europa zu sichern.

Bei dem nächsten Schritt kommen Sie als Statistiker besonders ins Spiel. Ich bin sicher, nein, ich weiß, daß Sie schon - in Zusammenarbeit mit Ihren Kollegen aus Ost-Berlin - dabei sind, die Vorbereitungen für die ersten freien gesamtdeutschen Parlaments-Wahlen seit 58 Jahren zu treffen. Diese Wahlen sind dann schon ein demokratischer Akt, der die Einheit voraussetzt, denn gerade die verantwortungsbewußten Wahlstatistiker werden mir zustimmen, daß man ein für das Ganze zuständiges Parlament nicht nach unterschiedlichem Wahlrecht und nicht mit unterschiedlichen Wirkungen in zwei verschiedenen Wahlgebieten durchführen kann, wenn man nicht die Annullierung des Verfassungsgerichts heraufbeschwören will.

Mit dem Begriff "historisch" ist in letzter Zeit fast inflationär umgegangen worden. Diese Wahl wird aber so bezeichnet werden dürfen, denn sie ist das Zeichen für das Ende des Irrwegs, der 1933 begann. Ganz am Beginn übrigens dieses Irrwegs wurde das Gebäude, in dem ich Sie herzlich begrüße, wurde der Reichstag durch bewußte Brandstiftung zerstört, die in Durchführung und politischer Ausnutzung Hitlers Schergen anzulasten ist. Ich betone das deshalb, weil in der letzten Zeit des öfteren die unsinnige Ansicht geäußert wurde, dieses Gebäude und diese Stadt stünden für das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Im Gegenteil: Dies Haus ist ein Symbol der Demokratie. Hier wurde 1919 die Republik ausgerufen. Durch seine Opfer wurde der Reichstag zur Mahnung gegen Diktatur. Vor der Ruine dieses Hauses rief Ernst Reuter am 9. September 1948 die Völker dieser Welt, auf diese Stadt zu schauen, die sich gegen ihre Spaltung zur Wehr setzte. Hier in Berlin erhoben sich am 17. Juni 1953 die Arbeiter, um freie Wahlen für ganz Deutschland einzufordern. Hier sagte Gorbatschow auf Honecker gemünzt "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", und hier demonstrierten zur gleichen Zeit die Bürger und Bürgerinnen von Ost-Berlin genauso wie in Leipzig, Dresden, Rostock und anderen Orten der DDR. Sie brachten in einer friedlichen, demokratischen Revolution die Mauer in Berlin, das grausame Symbol der deutschen Teilung, zu Fall. Fast in der Mitte des sich zusammenfindenden Europas gelegen, muß dies die Hauptstadt des geeinten Deutschlands werden.

Auch Ihre Tätigkeit, meine Damen und Herren, dürfte in einem geeinten Deutschland wichtiger werden als zuvor. Und dies bezieht sich nicht nur auf die Vorbereitung der Wahlen, von denen ich schon sprach. Die Politiker werden bei der Bewältigung der Aufgaben, die das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten mit sich bringt und deren Ausmaß heute noch niemand genau kennt, auf die Daten dringend angewiesen sein, die die Statistiker liefern können - und zwar zur vorausschauenden Planung ebenso wie zur nachträglichen Prüfung und wohl auch zur Rechtfertigung ihres Tuns.

Ich möchte daher empfehlen, daß die Statistiker und diejenigen, die Ihnen sagen, welche Indikatoren gebraucht werden, für das Zusammenwachsen der statistischen Grundlagen aus den beiden so stark differierenden Systemen Sorge tragen. Bestimmt kommt da wieder irgendein Politiker oder Zeitungsmensch, der dafür das Wort "schnell" einfügt. Ich hingegen habe den Eindruck, daß die deutsch-deutsche Politik das Wort "schnell" mal eine Weile beiseite schieben sollte und durch das Wort "gründlich" ersetzen sollte, was ja nicht "langsam" heißt. Hilfreich könnte es allerdings sein, die Daten der DDR, die den Wandel der Lebensverhältnisse widerspiegeln, also der Einkommenssituation, der Wirkungen der sozialen Sicherung und der Änderung betrieblicher Strukturen im Zusammenhang mit Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, in einer Übergangszeit in kürzeren Abständen zu erfassen, als dies bisher in der Bundesrepublik erforderlich war. Wenn Sie, die Statistiker, uns, den politisch Verantwortlichen, frühzeitig Probleme signalisieren, können wir rechtzeitig darauf reagieren und Abhilfe schaffen.

Heinz Kühn, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, soll einmal gesagt haben: "Politiker benutzen Statistiken wie Betrunkene Laternenpfähle - nicht zur Erleuchtung, sondern um sich daran festzuhalten." Der Vergleich ist gar nicht so abwegig!

Aus diesem Zitat wird das - oft vergebliche - Bemühen des Politikers deutlich, die vielfältigen politischen, überaus komplexen Gegebenheiten und Entwicklungen in den Griff zu bekommen, sein Suchen nach hilfreicher Information und zugleich wohl auch sein Bedürfnis, die eigene Verantwortlichkeit unter Verweis auf die Sachzwänge zu verringern. Aber der Satz verdeutlicht doch auch die Rolle der Statistik: Als Mittel objektiver und umfassender Information hilft sie die Voraussetzungen zu schaffen, die Politik für ihre Entscheidungen braucht. Gerade wenn die Sozialunion nicht nur Verzierung oder Flankierung, sondern integraler Bestandteil des entstehenden deutschen Staates sein soll, bekommt die Statistik eine herausragende Bedeutung. Sie ist Dienstleistung, und als Politikberatung dient sie dem politischen und sozialen Fortschritt. In diesem Sinne ist Statistik, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil ausdrückte, "eine notwendige Bedingung der Sozialstaatsverwirklichung".

Mit dem Dank, den ich Ihnen im Namen des Deutschen Bundestages für Ihre bisherige Arbeit ausspreche, verbinde ich deshalb die Bitte, den Politikern auch weiterhin Unterstützung bei ihrer Arbeit zu leisten.